

Volksstimme

Einzelpreis 6 1/2 Millionen

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Pantz, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pann-
sch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprecher: Anruf 1111. Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsbillets 2 Nachtrag, Seite 110. —
Bezugspreis: Woche vom 8. bis 14. Oktober 30 Millionen Mark, Abnehmer 29 Millionen Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile örtlich 84 Mk., auswärts 106 Mk.; Familienanzeigen und Stellenangebote 42 Mk.; Vereinstalender 96 Mk.; die dreigespaltene, 20 Millimeter breite Zeile örtlich 40 Mk., auswärts 540 Mk. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereins der Deutsch. Zeitungsverleger, ab 6. Okt. 100 000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorrichtungen keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 234.

Magdeburg, Sonntag den 7. Oktober 1923.

34. Jahrgang.

Flüchtwerk.

Der Achtstundentag bleibt.

Seit Freitag nachmittag sind die Fraktionen des Reichstags zur Fluchstunde versammelt. Jeder, der beim preußischen Kommiss gestanden hat, kennt diese sinnreiche Einrichtung. Die große Koalition soll wieder zusammengeführt werden. Klaus aus die Kartoffeln, rin in die Kartoffeln!

Nämlich: Stresemann, der „unpolitische“ Kabinett ohne die Sozialdemokraten und gegen die Sozialdemokraten zusammenzubringen. Der Befehl des schwerindustriellen Flügels der Volkspartei, der sein „nationales Direktorium“ mit unbegrenzten Vollmachten ohne und gegen das Parlament schon fertig hatte, konnte nicht ausgeführt werden. Die „Fachmänner“ der Wirtschaft, die Industriekapitäne, verlagten sich ihm. Sie hatten keine Lust, sich kopfüber mit verbundenen Augen in den politischen Strudel zu stürzen. Auch Stinnes hatte keine Neigung, an die Öffentlichkeit zu treten. Es arbeitet und intrigiert sich bequemer und aussichtsvoller hinter den Kulissen in der Stille des Konferenzzimmers.

Was blieb da übrig? Stresemann mußte auf die Demokraten hören, die eine Erneuerung der großen Koalition forderten und Unterstützung beim Zentrum fanden. Am Freitag mittag setzten die neuen Verhandlungen auf der alten Basis ein. Die Fluchstunde begann. Sie dauerte bis in die tiefe Nacht zum Sonnabend und wurde am Sonnabend vormittag fortgesetzt mit dem Ziele, bis zum frühen Nachmittag fertig zu werden und das Ergebnis der Flucherei sofort dem Reichstag vorzulegen. Das Plenum soll dann am Sonntag prüfen, ob die Lächer zuverläßig zusammengebracht sind und ob der gestiftete Fluch einiger Schatz gewährt gegen die kalten Regenschauer der parlamentarischen Schirme.

Daß diese Versuche unternommen werden, ist nicht weiter verwunderlich. Es liegt im Wesen des Parlamentarismus tief begründet, daß immer nach Ausgleich und Kompromiß gepöht wird, sobald im Raume der Volksvertretung die Interessen hart zusammenstoßen. Wir haben daher auf die erste Kunde von der Sprengung der großen Koalition am Mittwoch mittag sofort geäußert, daß Versuche unternommen werden würden, die „letzte verfassungsmäßige Regierung“ zu leimen und zu stiften. Wir haben dieser Flucherei keinen Erfolg vorausgesagt, wenn nicht zuvor die Volkspartei auseinander getrieben worden wäre. „Die Sprengung der großen Koalition kann nur durch die Sprengung der Volkspartei verhindert werden.“ Die Sprengung der Volkspartei trat nicht ein. Im Gegenteil. Die Fraktion Drehscheibe stellte sich einmütig hinter Stresemann, als er den Versuch machte, den Befehl der schweren Wirtschaftsführer auszuführen und durch sein kleines „unpolitisches“ Ministerium die Diktatur der Stinnes, Hugenberg, Helfferich und Ludendorff vorzubereiten.

Nun ist dieser Versuch gescheitert. Die große Koalition soll gestiftet werden. Die Sozialdemokratie kann in ein neues altes Kabinett Stresemann nur eintreten, wenn ihr volle Konzessionen gemacht und wenn die Angriffe auf den Achtstundentag und die übrigen sozialpolitischen Erwerbungschaften sofort eingestellt werden. Um diese Konzessionen gehen die Nadeln in den Fluchstunden seit Freitag mittag. Was dabei auch immer zustande kommt, der schwerindustrielle Flügel der Volkspartei wird sich damit nie und nimmer einverstanden erklären. Deshalb taucht seit Freitag abend ernsthaft die Kunde auf von einer

Spaltung der Deutschen Volkspartei.

Die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, das den Diktaturplan des Stinnes zuerst an die Öffentlichkeit gebracht, zeichnet die Zustände in der Fraktion der Volkspartei scharf und richtig:

Die Rechtschwärmung der Volkspartei war nicht improvisiert, entsprang nicht nur der Angst dieser Partei vor dem Verlust phlegmatischer Wähler an die Deutschnationalen. Die Rechtschwärmung stand auf dem Programm der Reute, die in Deutschland mächtiger sind als Parteien, Verfassung und Reich, und deren Macht man sich gern gefallen ließe, wenn sie Deutschland aus dem Elend helfen könnte. Das kann sie aber nicht; bisher wenigstens hat diese Macht zwar jede Regierung und mit ihr das Reich hemmen und schwächen können, aber in ihrer anomalen Stärke war nichts Positives für die Gesamtheit enthalten. Weil diese Macht ein Hindernis der Inflation ist, der typischen Nachkriegskrise, so wird man von ihr, einem Spion des deutschen Niedergangs, nicht die Begünstigung des Niedergangs

erwarten können. Aber es ist zu wünschen, daß die anonyme Macht, wenn sie sich heute stark genug fühlt, die bisherige staatliche Vertretung zu beseitigen, nicht mehr durch Mittelsmänner, sondern offiziell ihre politische Arbeit leistet. Wie es dabei auch kommen mag, das eine wäre dann gewonnen: Reinlichkeit der öffentlichen Diskussion und des öffentlichen Lebens.

Wenige in Deutschland haben sich für die Einzelheiten des parlamentarischen Geschehens interessiert, das nun seit Montag dauert; noch weniger Menschen aber sahen hinein in die letzten Antriebe der Krise oder hatten das Ahnungsvermögen, um den eigentlichen Machtkampf zu erkennen, der unter der Flagge „Produktionssteigerung“ und „Gegen den Marxismus“ unternommen wurde. Wenn jetzt von den Deuten der Parlamentarismus totgesagt wird, so ist das nichts anderes, als wenn ein Mörder verkündet, sein Opfer werde nicht mehr lange leben.

Die Deutsche Volkspartei, so wie sie heute ist, ist zu jeder politischen Arbeit unfähig. Es wäre eine staatspolitische Tat, wenn es gelingen sollte, das vollständig auf dem Trocknen liegende Schiff der Deutschen Volkspartei wieder flottzumachen. Selbst wenn dabei einige Mann über Bord gehen, wird sich der Kapitän hoffentlich doch sagen, daß ein Schiff mit weniger, dafür aber zum einheitlichen Handeln entschlossener Mannschaft besser ist als ein elendes Brack, das im stürmischen Meere steuerlos dahinfährt.

Es taucht daher die Meldung auf, daß die Spaltung jeden Augenblick erwartet wird und daß der linke Flügel sich mit den Demokraten vereinigen will. Ob Stresemann dabei ist, wird nicht gesagt. Gerade ihm würde die Wahl besonders schmerzlich fallen. Wohin die Mitte gehen will, wird auch verschwiegen.

Hinter diesen Meldungen stehen ernste wirtschaftliche Gegenstände. Die Industrie ist sich nämlich durchaus nicht einig und kann es nicht sein. Teile der Holzindustrie und die ganze Fertigungsindustrie wehren sich im stillen mit Hand und Fuß gegen die Diktatur der Gebieter von Kohle und Eisen. Die schweren Industriekapitäne erdrücken die Leichten. Einig sind sie sich nur darin, daß weder die einen noch die anderen

den verlorenen Krieg bezahlen

wollen. Diese Lasten wollen sie alle auf die Schultern der breiten Massen, insbesondere der Handarbeiterklasse, abwälzen. Nur dieses einigende Band hat sie bisher zusammengehalten, hat die Fortexistenz der Deutschen Volkspartei ermöglicht.

Nun sind die schweren Jungen von Kohle und Eisen am Mittwoch nachmittag an die Ausführung ihrer Diktaturpläne geschnitten. In der ersten Ueberrumpfung brachen sie die ganze Fraktion hinter sich. Kein Wunder. Diese Fraktion besteht ja zum großen Teil aus ideologischen Nachtmühen. Sie schneiden sich bestimmungslos ins eigne Fleisch und merken es nicht einmal. Wer die Fertigungsindustrie meldete sich durch die „Leipziger Neuesten Nachrichten“. Wir haben einige Proben ihrer plötzlichen Heiligkeit gegeben. Sie übte an dem Verhalten ihrer Fraktion direkt sozialdemokratische Kritik, während — nebenbei gesagt — die „Magdeburger“ im Gefolge der „Kölnischen“ auf den ersten Pfiff aus dem Lager der „Schweren“ mit beiden Beinen ins Lager der Diktatur sprang. Jedes der Mütter vertrat und vertritt die Interessen der hinter ihm stehenden Industriellen. Ob dabei die „Magdeburger“ auf dem richtigen Weg ist, mag sie mit ihren Freunden ausmachen, unter denen sich, wenn sie sich für Stinnes und Hugenberg entscheiden, auch manche Nachtmühen befinden, Nachtmühen der Praxis, denen jede politische Berechnung fehlt.

Aber eine Partei spaltet sich nicht von heute auf morgen. Und außerdem gibt es gewichtige klangende oder leise raschelnde Gründe, die eine so schnelle Trennung nicht opportun erscheinen lassen. Die Flucharbeit, die jetzt vorgenommen wird, muß daher noch mit der ganzen Fraktion unternommen werden, wie sie heute besteht. Das verpflichtet die sozialdemokratische Fraktion zu besonderer Vorsicht und zu

harter Unnachgiebigkeit

in unsern prinzipiellen Forderungen. Es ist möglich, daß das Gros der Volkspartei nach dem einseitigen Scheitern der Diktaturpläne auf ihren Angriff gegen den Achtstundentag und die sozialpolitischen Rechte der Arbeiterklasse, der Angestellten und Beamten verzichtet. Dann wäre erst das Haupthindernis aus dem Wege geräumt. Aber nicht das einzige.

Es besteht dann noch die Gefahr, daß wir den Posten des Finanzministers verlieren. Hilferding kehrt nicht zurück. Das steht schon fest. Aber kommt nicht

an seiner Statt ein anderer Sozialdemokrat? Es scheint nicht. Wenigstens nicht nach dem Gange der Verhandlungen bis Freitag Nacht, die weiter unten geschuldet werden. Wie aber in aller Welt will man eine Regelung unserer Finanz, Währung und Wirtschaft vornehmen, wenn kein Sozialdemokrat, sondern ein kapitalistischer Interessent wie der Bombdirektor Schacht im Finanzministerium die Richtung für die Vorlagen gibt? Die Kapitalisten — ob die schweren oder die leichten, die industriellen oder die agrarischen — sind sich doch einig, daß sie kein Opfer für das Vaterland bringen wollen. Ohne Zwangsgoldhypotheken und Reichsgrundsteuer, auf Roggen, ohne Reichsbeteiligung am Gewinn gibt es keinen Boden für unsere Währung, nachdem der Dollar auf 715 Millionen, vielleicht schon 800 Millionen emporgetrieben worden ist. Und gerade dieses einzige Mittel zur Rettung verweigern die Sachwertbesitzer. Daher ihre Diktaturpläne. Wieder lassen sie das Reich vollends in Scherben gehen, als daß sie ein wirkliches Opfer bringen. Was soll uns da ein kapitalistischer Reichsfinanzminister nützen?

Und außerdem: wir verlangen die Aufhebung der bayerischen Diktatur. Die bürgerlichen Parteien weigern sich. Sie wollen im „Guten“ mit Rohr auskommen, der ihnen auf der Nase herumtrampelt. Wir müssen auch die sofortige Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes fordern. Er ist erlassen worden, um den bayerischen Reichsräten die Macht aus den Händen zu winden. Das ist nicht gelungen. Im Gegenteil, er hat ihnen und den preussischen Aufwiegeln erst die Macht gegeben, um die Diktaturpläne des Stinnes reifen zu lassen. Er muß daher fallen, und die Sozialdemokratie hat sich mit aller Macht dafür einzusetzen.

Den Fluchversuchen, die große Koalition wiederherzustellen, sehen wir daher mit sehr gemischten Gefühlen zu. Mit der großen Koalition wird's so gehen wie mit unsern Semden: ein Loch wird gestopft und bei der nächsten Wäsche reißen neben dem Fluchen neue, größere Löcher auf.

Die große Koalition taucht wieder auf.

Der Plan des mit der Regierungsbildung beauftragten Abg. Stresemann, an Stelle der ausgeschiedenen Sozialdemokraten bürgerliche Wirtschaftler zu übernehmen, die als politisch unbefriedigt gelten, und mit ihnen vor den Reichstag zu treten, mußte in der Nacht zum Freitag als gescheitert betrachtet werden. Unerwartet dachte der Reichsfinanzminister an den Eintritt des Direktors der Darmstädter Nationalbank Schacht als Finanz- und Wirtschaftsminister, während der schon bei früheren Regierungskrisen oft genannte Kommerzienrat Kabbethge ein anderes Ministerium übernehmen sollte. Als Programm sollte die von Stresemann mit der gestürzten Regierung ausgefertigte Erklärung dienen.

Am Freitag früh mußte Stresemann diesen Gedanken aufgeben, da auch er sich nach Rücksprache mit den Parteiführern von seiner Undurchführbarkeit überzeugt hatte. Er hat deshalb die Führer der Fraktionen zu sich und forderte sie auf, schon mit Rücksicht auf die schwierige innen- und außenpolitische Lage schleunigst den Versuch zur Wiederherstellung der alten Koalition zu machen. Er selbst war bereit, daran mitzuwirken. Er trug sich mit der Absicht, im wesentlichen die Ministerien wie bisher besetzt zu lassen, jedoch für das Finanz- und Wirtschaftsministerium den Direktor der Darmstädter Nationalbank, der ihm bereits eine Zulage gemacht hatte, in Aussicht zu nehmen. Sowohl das Zentrum wie die Demokraten sagten zu, ihr möglichstes zur schnellen Lösung der Regierungskrise zu tun. Genosse Hermann Müller erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit sei, auf den Boden der großen Koalition zu treten, wenn dazu die Möglichkeit besteht.

Das Zentrum wollte diese Möglichkeiten dadurch schaffen helfen, daß die Arbeitszeitfrage aus dem Ermächtigungsgesetz herausgelassen und die übrigen sozialpolitischen Fragen nur unter Einwirkung eines Reichstagsausschusses in Gemeinschaft mit der Regierung geregelt werden sollten. Die Demokraten waren gleicher Auffassung und wollten der Sozialdemokratie insofern eine gewisse Garantie für die sachliche Ausführung der sozialpolitischen Ermächtigungen geben, als neben dem Reichsarbeitsminister ein sozialdemokratischer Staatssekretär in das Reichswirtschaftsministerium eintreten sollte.

kämpfen auf dem Boden des Gesetzes für die Ideale der arbeitenden Massen. In der Erinnerung an die Entwicklung der Partei und die Lehren der Geschichte rufen wir euch Sozialdemokraten zu: Seid treu, mutig, besonnen Kämpfer! Laßt euch nicht provozieren! Die Geselligkeit eures Handelns wird eure Gegner töten!

Die Fahne, die wir an den Gräbern August Bebel, Karl Grillenberger und Georg von Vollmars senken, wird euch weiter durch Kampf zum Sieg führen.

Der Diktator Kahr wird wie auf die Anordnungen der Reichsbehörden so auf diese Kundgebung pfeifen. Offenbar ist die Kraft der bayerischen Sozialdemokratie als Folge des Märummels von 1919 nicht weiter als zu einer papierernen Willensfundgebung, die ihre augenblickliche Ohnmacht enthüllt.

Um so größer ist die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, den bayerischen Genossen durch die Reichspolitik zu Hilfe zu kommen. Der spezielle bayerische Ausnahmezustand muß aufgehoben, das skandalöse Streikverbot beseitigt werden, damit unsere Genossen gegen die Zerstörer der deutschen Republik wieder die Arme rühren können.

Regierung mit den Kommunisten.

In der am Freitag stattgefundenen Sitzung des Landesarbeitsausschusses und der Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Sachsens wurde über die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit den Kommunisten und das wirtschaftliche, politische und sozialpolitische Programm eines solchen Kabinetts verhandelt. Folgendes Regierungsprogramm fand einstimmige Annahme:

Zur Verbreiterung der Basis der sächsischen Regierung tritt die kommunistische Partei in diese Regierung ein. Die staatspolitische Grundlage des gemeinsamen Willens der Sozialdemokratischen Partei und kommunistischen Partei in der Regierung bildet die Reichs- und Landesverfassung.

1. Das Ziel der gemeinsamen Arbeit ist die Befestigung der Republik und die Hebung der sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung. Innerhalb dieses Rahmens wird die Reform der Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage erstrebt. Als Vorstufe dazu ist der planmäßige Ausbau und die Erweiterung der Staatsbetriebe einzuleiten. Zur Erreichung dieses Zieles fordert die Sozialdemokratische Partei die vollständige Republikanisierung der Landespolizei und Besetzung der leitenden Stellen durch unbedingt zuverlässige republikanische Offiziere. Alle illegalen, antirepublikanischen Versammlungen sind zu verbieten. Die proletarischen Hundstößen sind als Abwehrorganisationen gegen die Feinde der Republik auszubauen, ihre Verwendung für den Schutz der Republik ist vorzubereiten. Der Staatsapparat ist von allen republikfeindlichen Elementen zu befreien.

2. Gegenwärtige Aufgabe für die Hebung der sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung ist die energische Durchführung und Anwendung der neuen sächsischen Verordnung gegen die Stilllegung von Betrieben und, soweit es im Machtbereich des Staates liegt, die Arbeitsbeschaffung, ferner der Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, insbesondere auf dem Gebiet des Wohnungsbauwesens. Zur Bekämpfung des Wuchers sind die von der sächsischen Regierung zugelassenen Kontrollauschüsse im Rahmen des Reichsrechts mit allen Befugnissen auszurüsten, die eine wirksame Erfassung des Wuchers gewährleisten.

Zur Sicherstellung der Ernährung sind durchgreifende Maßnahmen zu treffen, darunter Abkommen mit anderen Ländern über Lieferung von Lebensmitteln. Der Besitz ist im Rahmen des Landessteuerrichts aufs schärfste zu besteuern. Vor allem ist ein Grundsteuerrecht nach dem gemeinen Werte zu schaffen.

3. Von der Reichsregierung fordert die Sozialdemokratische Partei durchgreifende Republikanisierung der Reichswehr, ihre Führung von reaktionären Offizieren sowie schärfste Anwendung der republikanischen Schutzgesetze, schärfste Bekämpfung des Wuchers und Erfassung der Schwärze; gezielte Festlegung des Achtstundentags, Ausbau der Befugnisse und Rechte der Betriebsräte, weitgehenden Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, vor allem durch die Förderung des Wohnungsbauwesens, ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner.

4. Zwischen Sozialdemokratischer und kommunistischer Partei wird eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Diese Arbeitsgemeinschaft hat alle Vorlagen und Anträge der Regierung und beider Parteien vor ihrer Erledigung im Plenum durchzubearbeiten. Mit den sozialistischen Regierungen anderer Länder ist eine enge Verbindung herzustellen.

Innerhalb dieses parlamentarischen Programms wird das selbständige Handeln beider Parteien gewährleistet.

Nach Beendigung der Beratungen unserer Landesinstanzen begannen die Beratungen mit den Kommunisten. Ein Ergebnis liegt zur Stunde noch nicht vor, es ist aber damit zu rechnen, daß eine Einigung erzielt wird. Von der Zentrale der kommunistischen Partei ist folgender Bescheid gefaßt worden, der zu der Annahme berechtigt, daß die drohende Rechtsgefahr die Kommunisten auf den Boden der Wirklichkeit zurückgetrieben hat.

Angeichts der großen Gefahr, die dem deutschen Proletariat und vor allem der sächsischen und thüringischen Arbeiterklasse droht, die das erste Angriffsziel des Faschismus bildet, hat die Zentrale der kommunistischen Partei beschlossen, alle Bedenken zurückzustellen und in die thüringische und sächsische Regierung einzutreten, um gemeinsam mit den thüringischen und sächsischen Sozialdemokraten die Arbeiterklasse zur Abwehr der

fascistischen Gefahr zusammenzuführen. Die Zentrale der kommunistischen Partei ist davon überzeugt, daß die gesamte Arbeiterklasse im Reich die sächsische und thüringische Regierung verteidigen und verhindern wird, daß die faschistischen sächsische und thüringische Arbeiterklasse niederschlagen.

Es liegt nun an den Kommunisten, daß durch diese Verständigung auch positive Ergebnisse zum Wohle der werktätigen Bevölkerung erzielt werden. In die Regierung eintreten heißt praktische Arbeit auf dem Boden der Tatsachen leisten und der reinen Agitations- und Illusionspolitik endgültig den Abschied geben. Jeder, der das will, ist der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen Ausbeutung und Reaktion als Bundesgenosse willkommen.

Rein Zivilkommissar für Sachsen.

Der sächsischen Regierung ist vom Wehrkreiskommando 4 ein Schreiben des Reichswehrministers zugegangen, in dem die Ernennung eines Zivilkommissars für Sachsen abgelehnt wird. Das Interesse der Länder unter dem militärischen Ausnahmezustand werde am besten dadurch gewahrt, daß Militärbefehlshaber und Landesregierungen in engem unmittelbaren Einvernehmen arbeiten. Die Militärbefehlshaber hätten entsprechende Anweisung. Der Regierungskommissar, der ein Organ des Reiches sei, vertrete nirgends die Interessen eines Landes, sondern in verwaltungstechnischen Fragen die Interessen der Zivilbevölkerung gegenüber dem Militärbefehlshaber. Für einzelne Länder könne deshalb kein besonderer Regierungskommissar ernannt werden; dieser käme nur für das gesamte Gebiet eines Militärbefehlshabers in Betracht.

Diese Auffassung des Wehrministers widerspricht der Verordnung des Reichspräsidenten, die ausdrücklich die Einsetzung von Zivilkommissaren neben den militärischen Befehlshabern vorsieht. So aber bleibt mit dem Freistaat Sachsen auch die Provinz Sachsen ohne den Zivilkommissar. Wohin das führen kann, beweist schon das Redeverbot gegen den Polizeiobersten Schühlinger für die öffentliche Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft in Magdeburg. Die „Zivilauffassung“ deckt sich hier nicht mit der militärischen, und das hätte der Zivilkommissar sicher zum Ausdruck gebracht.

Dollar Amtliche Notiz vom Freitag 710 000 000
600 000 000
Sonabend mittag amtlich 710 000 000
Letzter Kurs in New York 476 190 476 Mt.

Die neuen Reichsarbeiterlöhne.

Am Donnerstag fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen über die Neueinstellung der Reichsarbeiterlöhne statt. Die Gewerkschaftsvertreter beanspruchten eine Erhöhung um 100 Prozent, die Regierung bei zunächst 55 Prozent, erklärte sich aber am Mittwoch bereit, die Bezüge der Arbeiter für die erste Oktoberwoche gegenüber der Vorwoche um rund 67 Prozent zu erhöhen. Die Mehrzahl beträgt danach 63 000, die Leistungszahl 56 168.

Der Lohn und die Leistungszugaben für einen ledigen 24 Jahre alten Arbeiter in der Ortsklasse A betragen sich also in der Lohnwoche vom 30. September bis 6. Oktober in Lohngruppe 1 auf 25 515 000 Mark, Lohngruppe 2 auf 24 948 000 Mark, Lohngruppe 3 auf 24 381 000 Mark, Lohngruppe 4 auf 23 814 000 Mark, Lohngruppe 5 auf 23 247 000 Mark, Lohngruppe 6 auf 22 680 000 Mark.

Der Lohn für die 24 Jahre alte Arbeiterin beträgt 15 687 000 Mark. In den Orten, in denen Ortslohnzuschläge gewährt werden, treten zu diesen Löhnen die Ortslohnzuschläge. Die Spannung in den Ortsklassen beträgt für männliche Arbeiter 567 000 Mark und für weibliche Arbeiter 378 000 Mark. Die Frauen- und Kinderzulage beträgt je 2 394 000 Mark pro Stunde und die Nachdienstzulage wurde von 1 200 000 auf 2 000 000 Mark erhöht.

Die Gewerkschaften nahmen unter Protest von dieser Neuordnung Kenntnis.

Meldungen von der Ruhr.

Wieder ein Blutsonntag geplant?

Der Kölner Sonderberichterstatter der „Times“ erzählt aus Düsseldorf, daß Matthes dort eine neue separatistische Kundgebung für den nächsten Sonntag plane. Er habe sich am Dienstag nach Koblenz begeben, wo er von dem französischen Oberkommissar Lizard empfangen wurde, dem er eine lange Liste von Forderungen unterbreitete, namentlich Weichhagnahme aller Feuerwaffen der blauen Polizei im besetzten Gebiet und Auflösung der noch übrigen grünen Polizei.

Rein entwürdigender Treueid.

Der „Petit Parisien“ bringt eine offizielle Mitteilung über die Auffassung des „Treueides“, der nach den Angaben einiger deutscher Zeitungen von den Eisenbahnbeamten im besetzten Gebiet verlangt wird. Es handle sich um keinen Eid, der eine Verleugnung der deutschen Nationalität bedeute, sondern um einen ausschließlich professionellen Diensteid, der die Pflichterfüllung in der Arbeitsleistung garantieren soll. Auch die Agentur Havas erklärt, es werde von den wieder eingestellten Beamten kein Ergebenheitseid verlangt, sondern nur die Erklärung, daß sie sich verpflichten, ihren Dienst in regelmäßiger Weise auszuführen.

Die unwichtigen Meldungen sind vielleicht auf selbstherrliche Maßnahmen einiger französischer Unterbefehlshaber zurückzuführen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie völlig aus den Fingern gezogen wurden und der Wunsch dabei der Vater des Gedankens war. Wir dankt er dabei an die vorhergehenden Falschmeldungen aus der ersten Zeit der Ruhrbesetzung.

Verhaftung der Düsseldorf Unterführung.
Aus Düsseldorf gibt das Wolffsche Bureau eine Bericht seiner Meldung, wonach gegen die führenden Persönlichkeiten der Schutzpolizei Anklagen wegen Mordversuchs erhoben werde. Die neue Meldung sagt, daß eine Anklage in bestimmter Richtung zurzeit noch nicht erhoben worden sei.

Die Unterführung ist inzwischen auf einen weiteren Kreisleiter Persönlichkeiten ausgedehnt worden. So auf den Regierungspräsidenten Grubner in Barmen und seinen Stellvertreter, Oberbaurat Radhak in Düsseldorf. Mit der Verhaftung sind beauftragt Dr. van Gouren Rechtsanwalt beim Kassationsgerichtshof im Haag, und Rechtsanwalt Dr. Br... in Düsseldorf.

Billionenraub.

Vor einigen Tagen drangen belgische Kriminalbeamte Soldaten in den Hof der Reichsbankstelle Duisburg ein und nahmen eine Fiestarre fort, die mit zwei Kisten noch nicht nummerierter Bogen und Formularen für Reichsbanknoten über 10 Millionen Mark beladen war. Am nächsten Tage wurden weitere 4 Kisten solcher Formulare auf dem Wege zur Reichsbankstelle auf offener Straße weggenommen. Die Notenformulare lauteten auf einen Gesamtbetrag von 2 1/2 Billionen Mark.

Am nächsten Tage sind in der Nähe der Grenze zum unbesetzten Gebiet bei Bradel 118 Billionen 550 Milliarden Reichsbanknoten, die mit einem Kraftwagen vom unbesetzten ins besetzte Gebiet transportiert worden waren, von französischen Zollbeamten weggenommen worden.

In Krefeld wurden über eine Billion Reichsgelder, die für Lohn- und Gehaltszahlungen bestimmt waren, auf dem Transport von belgischen Kriminalbeamten beschlagnahmt.

In Gelsenkirchen wurden von den Franzosen am 4. Oktober 14 Milliarden Erwerbslosen-Unterstützungsgelder entwendet.

Verhaftungen.

Die Franzosen verhafteten den Führer der Kommunisten, Klein, und den Verleger der „Wittener Volkszeitung“, Knoll.

Auf dem Flugplatz Rothhausen wurde ein junges Mädchen tot aufgefunden. Ein französischer Gendarm, der anscheinend in die Sache verwickelt ist, ist flüchtig.

Notizen.

Die Löhne im Bergbau. Die Löhne im Kohlenbergbau für die Lohnwoche vom 1. bis 8. Oktober wurden durch einen am Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Schlichtungsausschuß festgelegt. Nach dem Schlichtungsbericht beträgt der Durchschnittslohn je Schicht einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes für die vorerwähnte Lohnwoche im Ruhrbergbau 453 600 000 Mark, im oberdeutschen Steinkohlenbergbau 291 600 000 Mark und in den Kernrevieren des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus 255 150 000 Mark.

Kahr sichert seine Position mit Vollbier. Kahr kennt seine Bahren und ihren Durst und hat daher als erste seiner wirtschaftlichen Verordnungen eine über die Höhe des Bierpreises erlassen. Schwere Strafen werden den Uebertretern dieser Verordnung angedroht. Kahr-Bieren wird ubeln, denn der Bierverkäufer gilt dort als schlimmerer Verbrecher als der Landesverräter, und das hat der listige Kahr begiffen und politisch ausgemerzt.

Der „Sozialdemokratische“ Bund „Reichsbader“. Kahr sieht Geipenker. Dem Bund „Reichsbader“ wurde, wie die „Münchener Post“ berichtet, durch Polizeibehörden mitgeteilt, daß der Bund nichts anderes sei als ein Erjak für die sozialdemokratische Schutzabteilung (?) und deshalb aufgelöst werde. — Den Verboten demokratischer und sozialdemokratischer Zeitungen ist ein neues durch das Verbot der sozialdemokratischen „Oberfränkischen Volkszeitung“ bis zum 26. Oktober hinzugefügt worden.

Die sächsische Regierung fordert Sicherung der Volksernährung. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft beantragt, die Verarbeitung von Kartoffeln, die zum menschlichen Gebrauch tauglich sind, zu Flocken, Walz- oder Stärkemehl bis auf weiteres zu verbieten und überdies das Brennkontingent einzuschränken.

Depechen.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Mb. Sofia, 6. Oktober. Nachdem die Kommunisten unruhig endgültig unterdrückt worden sind, hat die Regierung beschloffen, den Belagerungszustand im ganzen Land aufzuheben mit Ausnahme der Bezirke von Sofia, Widdin, Stara Zagora und Braka, wo er noch einige Tage aufrechterhalten wird.

Lions George in Amerika.

Mb. London, 6. Oktober. „Daily Express“ berichtet aus New York, daß Lloyd George bei seiner Ankunft ein begeistertes Empfang zuteil wurde. Laufende Menschen bereiteten dem ehemaligen britischen Premierminister eine größere Kundgebung, als sie irgend ein anderer europäischer Staatsmann seit dem Krieg erhalten hat. In einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte Lloyd George, die europäische Lage sei sehr schlecht. Sie würde sehr gefördert werden sein, wenn man jetzt mit dem Plan des Staatssekretärs Hughes bezüglich einer unparteiischen Kommission zur Unterjochung der deutschen Zahlungsunfähigkeit angenommen hätte. Es sei immer noch nicht zu spät. Aber die Lage sei jetzt viel schlimmer als zu der Zeit, wo Hughes den Vorschlag gemacht habe.

*Willst du Mannchen,
auf zu Promont,
Bismarckstr. 29.*

Feurio

Feurio sieht nach Jahren noch genau so aus wie im frischen Zustande. Kernseifen schrumpfen zusammen und werden unansehnlich.

Vereinigte Seifenfabriken Stuttgart G.G.

TRUES

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 8. Oktober 1923.

Für Wahrheit und Völkerverständigung.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, die Organisation zur Bekämpfung des Militarismus...

Professor Quiddé (München) zeigte jedem Hörer klar und deutlich die Verwerflichkeit der Gewalttätigkeit...

In der Aussprache beteiligten sich nur Freunde der Friedensbewegung, die ebenfalls zum Ausdruck brachten...

Zu der zweiten Versammlung sprach Pfarrer Bleher (Charlottenburg): Die Welt ist eine Hölle geworden durch den Krieg...

er bereitet die Kriege vor, heßt Menschen in den Tod, schließt die Betriebe, wirft die Arbeiter auf die Straße...

talismus; die Menschheit will endlich Frieden. Und er kommt, der Weltfrieden.

In beiden Versammlungen sprach dann H. v. Gerlach über „Deutschland und Frankreich“...

In der Aussprache schilderte Gewerkschaftssekretär Wilken (Wormen) die Stellung des Proletariats zur Friedensbewegung...

Die Tagung der Friedensgesellschaft wurde von Professor Quiddé mit der Aufforderung eröffnet...

Im Geschäftsbericht forderte Professor Quiddé eine viel intensivere Agitation und großzügigere Auffklärungsarbeit im Volke...

Die Deutsche Friedensgesellschaft beurteilt jeden Krieg, sowohl den Krieg nach außen wie den Bürgerkrieg...

Die Deutsche Friedensgesellschaft warnt das deutsche Volk vor dem sich breitmachenden Unterfangen...

Besonders eingehend wurden dann die Verhältnisse im besetzten Gebiet besprochen. Die Vertreter vom Rheine...

Sie fordert von der französischen und belgischen Regierung, daß sie die besetzten Teile Wadens sofort freigeben...

Sie warnt das deutsche Volk vor dem neuerdings immer härter hervortretenden Gedanken an den Weg der Gewalt...

Nach eingehender Erörterung organisatorischer Fragen wurden in das Präsidium der Deutschen Friedensgesellschaft gewählt...

Von den Anträgen, die angenommen wurden, ist die Forderung nach unparteilicher Untersuchung der Schuldfrage...

Politische Versammlungen unter dem Belagerungszustand. Vom Befehlshaber der vierten Division wird verordnet: Zur Herbeiführung einer Erleichterung in bezug auf die Abhaltung...

Die Abwicklung der Brotzwangswirtschaft. Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt...

Das Fräulein von Scuderi.

Erzählung von E. L. A. Hoffman. (2. Fortsetzung.)

Eines Morgens kommt Desgrais zu dem Präsidenten la Regnie, blaß, entsetzt, außer sich. — Was hast Du, was für Nachrichten? —

herbeikommen; mit ihnen der Marquis de la Fare, der sich aufgerafft, den hohen Degen in der Hand. Wir zünden die Fackeln an, wir tappen an der Mauer hin und her...

Argenson sah die Vermählungen der Chambre Ardente scheitern, und ging den König an, für das neue Verbrechen einen Gerichtshof zu ernennen...

In den Zimmern der Maintenon, wo sich der König nachmittags aufzuhalten und wohl auch mit seinen Ministern bis in die späte Nacht hinein zu arbeiten pflegte...

zehrte und alle Freude verdrängte in tiefes Leid, in trostlose Trauer.

So ernst die Sache auch war, so fehlte es diesem Gedicht doch nicht, vorzüglich in der Schilderung, wie die Liebhaber auf dem heimlichen Schleichweg zur Geliebten sich näherten...

Un amant, qui craint les voleurs, n'est point digne d'amour. Ein Liebender, der Diebe fürchtet, ist keineswegs der Liebe wert.

